

Abstimmen über Asyl und Flüchtlingsunterbringung. Analyse des Landtagswahlergebnisses Burgenland 2015

Sieglinde Rosenberger
Institut für Politikwissenschaft/Universität Wien
Sieglinde.rosenberger@univie.ac.at

Gilg Seeber
Institut für Politikwissenschaft/Universität Innsbruck
Gilg.Seeber@uibk.ac.at

In diesem Text gehen wir der Frage nach, ob und welchen Einfluss Asyl und Flüchtlingsunterbringung auf das Landtagswahlergebnis im Burgenland am 31. Mai 2015 hatten.

Zusammenfassende Ergebnisse

Die Präsenz von Flüchtlingen, d.h die Unterbringung von AsylwerberInnen in einer Gemeinde, schlägt sich im Wahlergebnis nicht nieder. Das Wahlergebnis ist in sog. Unterbringungsgemeinden im Vergleich zu Gemeinden, in denen keine Flüchtlinge untergebracht sind, nicht auffällig. Mit anderen Worten: Im Burgenland konnte im Großen und Ganzen keine Partei aus der Aufnahme bzw. Unterbringung von Flüchtlingen einen Vorteil schlagen oder musste einen Nachteil in Kauf nehmen.

Die politische Mobilisierung gegen Unterbringung und die daran anschließende Verhinderung bzw. Nicht-Verhinderung von Quartieren schlagen sich im Wahlergebnis sehr wohl nieder. In jenen Gemeinden, in denen Proteste stattfanden und insbesondere in jenen, in denen in der Folge die Unterbringung verhindert bzw. die Anzahl der Unterzubringenden deutlich verkleinert wurde (sog. Protest- und Verhinderungsgemeinden), hat die ÖVP deutlich schlechter abgeschnitten als dies auf Grund des allgemeinen landesweiten Trends zu erwarten gewesen wäre. Die SPÖ profitiert in Protestgemeinden, in denen die Proteste erfolgreich waren (Verkleinerung oder Verhinderung des Quartiers), die FPÖ profitiert in jenen Protestgemeinden, in denen die Proteste im Sinne der Forderungen nicht erfolgreich waren.

Kontext

Die Politik ist gefordert, angesichts steigender Asylantragszahlen¹ immer mehr Flüchtlinge zu versorgen, ein Dach über den Kopf zur Verfügung zu stellen. Die Bilder

¹ Die Flüchtlingszahlen steigen seit 2014 an, für 2015 werden die bisherigen Höchstwerte des Jahres 2002 deutlich überschritten sein. Wurden 2014 ca. 28.000 Anträge österreichweit gestellt, so dürften es 2015 bereits 70.000 werden.

und die Meldungen über das Scheitern der Politik werden von Tag zu Tag dramatischer. Einige Bundesländer erfüllen nicht die Aufnahmequote, die in der *Grundversorgungsvereinbarung 2004* zwischen Bund und Bundesländern festgelegt ist. Zu dieser Gruppe gehört das Burgenland: Die Erfüllung der Asylquote lag 2014/15 meist bei etwa 90 %.

Wer die Verantwortung dafür trägt, dass Quartiere fehlen und Menschen in Zelten und sonstigen Notunterkünften untergebracht werden, ist aufgrund der Kompetenzverflechtungen politisch nicht eindeutig auszumachen. Die Gemeinden haben, außer bau- und gewerberechtlichen Kompetenzen, rechtlich kaum Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der Einrichtung von Quartieren. Die Länder sind auf der Grundlage der 15a-Vereinbarung verpflichtet, Quartiere bereit zu stellen. Der Bund ist für die Erstaufnahme zuständig.

Österreichweit waren im Mai 2015 in $\frac{3}{4}$ aller Gemeinden keine Asylsuchenden/AsylwerberInnen untergebracht. In einigen Gemeinden formierte sich Widerstand gegen die Aufnahme bzw. gegen bestimmte Quartiere. Charakteristisch für das Burgenland ist, dass der Widerstand gegen die Unterbringung weniger lokal von BürgerInnen oder von örtlichen BürgermeisterInnen kommt, sondern dass dieser von Landespolitikern der SPÖ und der FPÖ artikuliert wurde.

Asyl und Unterbringung waren bei der Landtagswahl 2015 im Burgenland prominente Wahlkampfthemen. Es waren die Landespolitiker der SPÖ, in erster Linie LH Niessl, sowie der FPÖ, Landesparteiobmann Tschürtz, die Asyl und Unterbringung thematisierten; der Landeshauptmann ist insbesondere gegen Unterbringungseinrichtungen und Erstaufnahmezentren, die der Bund plante, vorgegangen, d.h. er hat primär die Verhinderung von Unterbringungseinrichtungen des Bundes in Aussicht gestellt. Das Match fand zwischen Landespolitik und Bund / BMI statt.

Die Mobilisierung gegen Unterbringungseinrichtungen durch die Landespolitik hat im Burgenland mittlerweile Tradition. LH Niessl kampagnisierte zur Verhinderung des geplanten Erstaufnahmezentrums SÜD in der Gemeinde Eberau (2009-2010), in dem er eine Volksbefragung in den Gemeinden der umliegenden Bezirke durchführen ließ. Die Kampagne richtete sich gegen das von der ÖVP geführte Innenministerium.

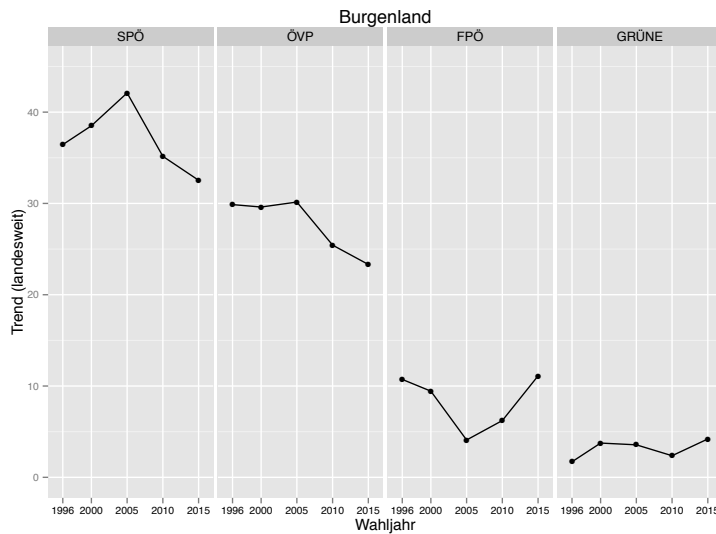
Daten und Methode

Ziel dieser Untersuchung ist es, räumliche und zeitlich zu vergleichen und durch die Ermittlung längerfristiger Trends Abweichungen und Auffälligkeiten auf Gemeindeebene zu erkennen. Den empirischen Befunden liegen folgende drei Datenquellen zugrunde: Wahlergebnisse, Daten zu Unterbringung und Informationen zu Protesten.

- Amtliche Wahlergebnisse in den Gemeinden der letzten fünf Landtagswahlen (1996-2015)

Auf der Basis der amtlichen Wahlergebnisse erheben wir den landesweiten Trend der letzten 20 Jahre und berücksichtigen die Stärkeverhältnisse der Parteien in den Gemeinden. Wir gelangen so zu einem – unter Berücksichtigung des landesweiten Trends und der „traditionellen“ Stärkeverhältnisse in den Gemeinden – erwarteten Wahlergebnis auf Gemeindeebene. Anschließend vergleichen wir das tatsächliche

Wahlergebnis (je Gemeinde/Partei) mit dem zu erwartenden. Eine Partei schneidet folglich besser oder schlechter im Vergleich zum erwarteten Resultat ab.



Diese methodische Vorgehensweise ermöglicht es

- landesweite Trends über den Zeitraum von 20 Jahren zu erkennen und im Kontext dieser Trends das Wahlergebnis 2015 zu verorten;
- auffällige* Gemeinden zu identifizieren und sie unter dem Blickwinkel von Unterbringung und Protesten genauer zu beleuchten.

- Daten zu Unterbringungseinrichtungen für Asylsuchende/AsylwerberInnen (Stand Mai 2015)

Im Vorfeld der Landtagswahl waren in 42 Gemeinden (von insgesamt 171 Gemeinden) Quartiere eingerichtet und Flüchtlinge untergebracht. Allerdings variiert die Anzahl der Flüchtlinge in den Gemeinden stark. Außerdem gibt es große regionale Unterschiede, so war z.B. im Bezirk Jennersdorf nur in einer einzigen Gemeinde ein (umstrittenes) Quartier eingerichtet (seit Anfang 2015).

Materialgrundlage: ORF-Unterbringungskarte vom 17.6.2015; Informationen von Hilfs- und Betreuungseinrichtungen sowie nationale und lokale Medienberichte.

Charakteristisch für das Burgenland ist, dass im Zuge der steigenden Asylantragszahlen 2014/15 kaum Unterkünfte in zusätzlichen Gemeinden eröffnet wurden, sondern in bestehenden Unterbringungs-Gemeinden Quartiere aufgestockt (teilweise Überbelegung) oder in diesen zusätzliche Quartiere eingerichtet wurden (d.h. Gemeinden haben mehrere Unterbringungseinheiten). Wenn in einer Gemeinde erstmalig ein Quartier eröffnet wurde, dann gehen diese Unterbringungseinrichtungen entweder auf das Engagement von Pfarren zurück, auf das Engagement einzelner BürgerInnen/Privatinitiativen oder es sind Quartiere von NGOs (Caritas, Diakonie und Arbeiter Samariter Bund).

Quartiere, die der Bund anregte oder plante, wurden aufgrund von Widerstand NICHT eingerichtet.

- Daten zu Protesten gegen die Unterbringung von Flüchtlingen (Zeitraum 2014-15)

Auf der Grundlage von Recherchen von Medienberichten, Gemeindenachrichten, Gemeinderatsbeschlüsse, Presseaussendungen wurden für 2014 und bis Mai 2015 insgesamt 12 Protestgemeinden identifiziert. Erhoben wurde welche Gruppen und Parteien, mit welchen Mitteln Proteste initiiert haben, sowie zu welchen Ergebnissen der Protest im Sinne der Forderungen (Verhinderung der Unterbringung bzw. Verkleinerung der Unterkunft) geführt hat.

Auf diesen Informationen basierend unterscheiden wir zwischen vier Gemeindetypen (Stand Mai 2015):

- Nicht-Unterbringungsgemeinden
- Unterbringungs-Gemeinden (Anzahl 42)
- Protest-Gemeinden (Anzahl 12)
- Verhinderungs-Gemeinden (Anzahl 8)

Forschungsergebnisse

Haben Asylsuchende und Unterbringung Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt? Die Wahlkampagnen von SPÖ und FPÖ waren von Asylthemen geprägt. Die Kommentare nach der Landtagswahl betonten ebenfalls die Effekte von Asyl auf das Wahlergebnis. Unsere Studie kommt zu anderen, jedenfalls zu differenzierteren Ergebnissen.

Unterbringungsgemeinden

Unterbringungs-Gemeinden zeigen keine elektoralen Auffälligkeiten im Vergleich mit Nicht-Unterbringungsgemeinden. In Summe gilt, dass die Teilgesamtheit Unterbringungsgemeinden von der Gesamtheit aller Gemeinden nicht abweicht. Unterbringungsgemeinden zeigen kein charakteristisches Muster.

Unter den *auffälligen* Gemeinden (definiert als Gemeinden, die große Abweichungen zum erwarteten Ergebnis aufweisen) fallen Unterbringungs-Gemeinden NICHT auf. Weiters: Gemeinden, in denen das Wahlergebnis deutlich vom zu erwartenden Trend abweicht, sind kaum Unterbringungsgemeinden zu finden.

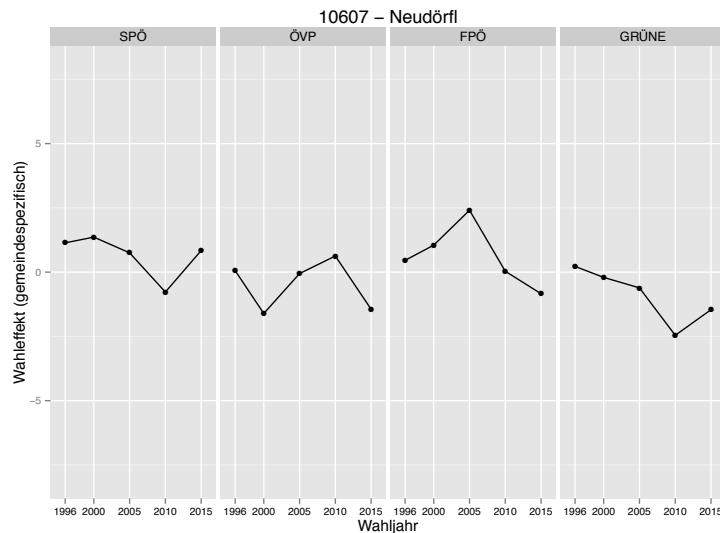
Was heißt dieser Befund für die politischen Parteien? Die Aufnahme und Unterbringung von AsylwerberInnen bedeutet nicht, dass bestimmte Parteien davon – in den Gemeinden – profitieren und andere nachteilig von den WählerInnen behandelt werden würden. Man kann also nicht schlussfolgern, dass einer bzw. welcher Partei die Unterbringung nutzt oder welcher sie schadet.

Die FPÖ schneidet in Unterbringungsgemeinden manchmal besser, manchmal schlechter ab als zu erwarten war. Allerdings ist zu beobachten, dass sie in jenen Gemeinden, in denen die FPÖ protestierte und die größten Anteile AsylwerberInnen/Bevölkerung vorliegen – in Rechnitz und Tobai – deutlich besser liegt als in anderen Unterbringungsgemeinden.

Auch für SPÖ und ÖVP gilt, dass sie manchmal besser, manchmal schlechter als im zu erwartenden Trend liegen. Folglich: dass keine Abweichung gegenüber Nicht-Unterbringungsgemeinden vorliegt.

Die Grünen schneiden in Unterbringungsgemeinden tendenziell etwas besser als erwartet ab als in Nicht-Unterbringungsgemeinden.

Beispiel Neudörfel: SPÖ und Grüne schneiden besser ab im Vergleich zum zu erwartenden Trend, ÖVP und FPÖ deutlich schlechter.



Resümee: Die Anwesenheit von AsylwerberInnen in einer Gemeinde schlägt sich nicht einheitlich in der Wahlurne nieder.

Anders lautet der Befund jedoch für Protest- und insbesondere um Verhinderungsgemeinden.

Protest-Gemeinden

Im Burgenland gibt es vergleichsweise wenige Protestfälle vor Ort. Das Thema Asyl ist – im Vergleich zu anderen Bundesländern – aber von der Landespolitik heftig parteipolitisch umstritten.

In insgesamt 12 Gemeinden², in denen Unterbringung geplant war bzw. realisiert worden ist, haben 2014 und 2015 (bis Mai) Proteste initiiert und getragen von BürgerInnen, BürgermeisterInnen und (lokalen) Parteien sowie von der Landespolitik stattgefunden. Vier von diesen Einrichtungen sind sog. Bundeseinrichtungen, nämlich Kasernen (Oberwart, Pinkafeld), Zelte (Eisenstadt) und Container auf einem Truppenübungsplatz (Bruckneudorf).

In Protestgemeinden (definiert als Gemeinden, in denen aktiv gegen die Aufnahme von Flüchtlingen Widerstand geleistet wurde) schneidet teilweise die SPÖ, teilweise die FPÖ besser als es der langfristige Trend erwarten ließe, ab. Es hängt im Wesentlichen davon ab, ob das Protestziel erreicht wurde oder nicht.

² Heiligenkreuz im Lafnitztal, Neusiedl am See, Kukmirn, Jennersdorf, Wiesen, Heiligenbrunn, Bruckneudorf (Container), Oberwart (Kaserne), Pinkafeld (Kaserne), Eisenstadt (Zelte). Geringe Proteste durch die FPÖ in Rechnitz und Tobai.

Im Burgenland nutzen Proteste meist dann der SPÖ, wenn das Protestziel erreicht wird, d.h. die Unterkunft verhindert wird (z.B. bei Kasernen, bei denen sich der LH dagegen aussprach). Proteste schaden der SPÖ tendenziell dann, wenn das Protestziel nicht erreicht wird, wenn also die Unterbringung nicht verhindert bzw. die Zahl der Unterzubringenden nicht wesentlich verkleinert werden konnte.

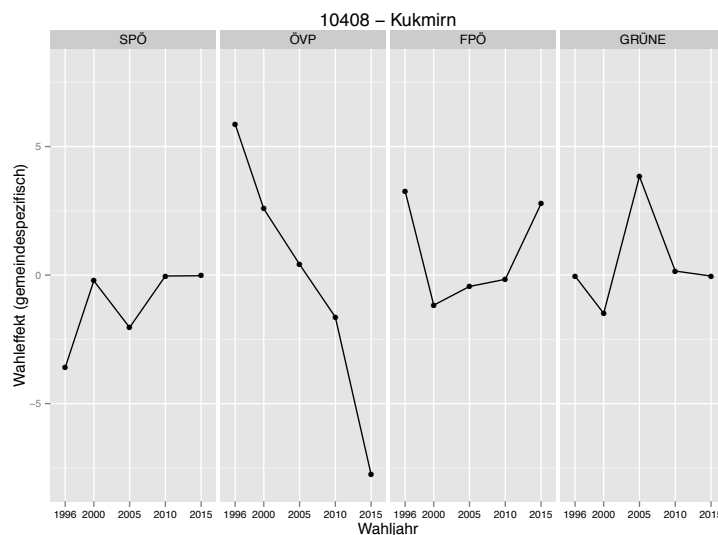
Proteste nutzen tendenziell der FPÖ (plus 1.4 Prozentpunkte), insbesondere dann, wenn die Unterbringung NICHT verhindert wird.

Beispiele

Rechnitz (4 % Flüchtlingsanteil/Bevölkerung): ÖVP schneidet besser ab ebenso die FPÖ; die SPÖ schlechter ebenso die Grünen.

Tobai (7,1 % Flüchtlingsanteil/Bevölkerung): die FPÖ schneidet deutlich besser ab, die ÖVP schlechter, die SPÖ und Grüne nahezu unverändert.

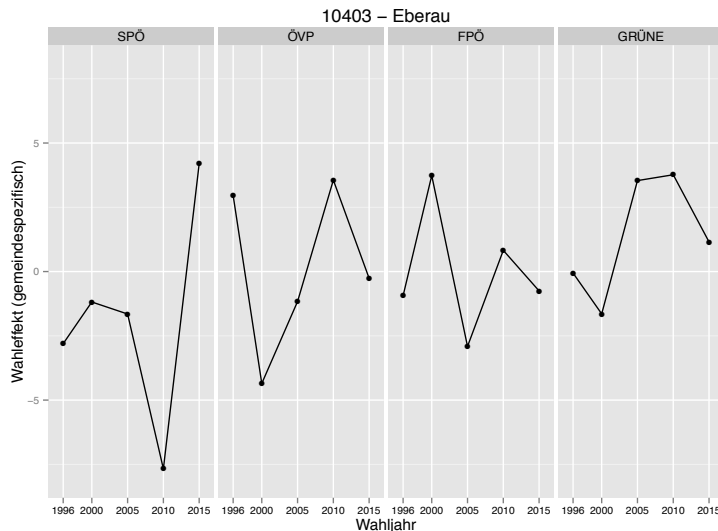
Proteste nutzen NICHT der ÖVP – sie liegt in allen Protest-Gemeinden schlechter als es der Trend erwarten ließe (3.0 Prozentpunkte). Dies trifft insbesondere auf jene Protest-Gemeinden zu, in denen ÖVP-BürgermeisterInnen im Amt sind.



In Gemeinden, in denen der Bund Betreiber der Unterkunft gewesen wäre, nutzen die Proteste der SPÖ und schaden der ÖVP (Anmerkung: dahinter steht die Gegnerschaft Bund-Land bzw. BMI und Land).

Ein Beispiel dafür, dass der SPÖ die erfolgreiche Verhinderung eines Quartiers durch Proteste nutzt, ist die Gemeinde Eberau. Nach der Mobilisierung gegen ein geplantes Flüchtlings-Erstaufnahmezentrum Süd 2009/10³ sind auch 2015 keine Flüchtlinge in der Gemeinde untergebracht. Die SPÖ liegt deutlich über dem Trend, alle anderen Parteien unter diesem. Die SPÖ hat von der Verhinderung mittelfristig profitiert, die ÖVP aber auch die FPÖ bei der Landtagswahl 2015 etwas verloren.

³ Volksbefragung in Eberau am 21.2.2010; 90,14 % gegen die Errichtung gestimmt, Wahlbeteiligung 81 %. LH Niessl hat dem BH von Güssing die Weisung erteilt, das Projekt zu stoppen (Baubescheid aufheben).



Verhinderungs-Gemeinden

Von den 12 Protestgemeinden identifizieren wir acht als Verhinderungs-Gemeinden (Gemeinden, in denen die Unterbringung, bis zum Wahltag, nicht realisiert bzw. beträchtlich verkleinert wurde)⁴.

Verhinderungsgemeinden sind *auffällige* Gemeinden. Auffällig insofern als in Verhinderungsgemeinden die ÖVP hoch signifikant schlechter als zu erwarten abschneidet, und zwar im Schnitt um 3.58 Prozentpunkte.

Schlussfolgerungen

Auf der Grundlage dieser empirischen Ergebnisse können wir die Aussage treffen, dass die Unterbringung, die Anwesenheit von Flüchtlingen vor Ort, keinen signifikanten Effekt auf das Wahlergebnis hat. Asyl, in der Wahlkampagne eine große Rolle gespielt, lässt sich im Wahlergebnis nicht nachvollziehen - zumindest dann nicht, wenn Asyl operationalisiert wird als Anwesenheit von AsylwerberInnen.

Unterbringungsgemeinden unterscheiden sich nicht von Nicht-Unterbringungsgemeinden.

Elektoral wirkt die Asylfrage aber in den Protest- und Verhinderungsgemeinden, d.h. also in Gemeinden, in denen im Kontext von Asyl die Gemeinde- und die Landespolitik mobilisierte.

Wir treffen hier keine Aussage darüber, inwiefern sich alleine die nationale oder die landesweite Debatte zu Flucht und die Unterbringung auf die Wahlentscheidung insgesamt ausgewirkt haben. Das Durchsickern der nationalen und regionalen Debatten, konkret jene der Landespolitik, die von Gegnerschaft und Ablehnung gegenüber Flüchtlingen gezeichnet war, kann sich in der individuellen Wahlentscheidung durchaus generell niedergeschlagen haben. Der zentrale Befund dieser Untersuchung ist vielmehr, dass die Anwesenheit von Flüchtlingen vor Ort sich eben nicht vor Ort, d.h. in der jeweiligen Gemeinde, nicht im Wahlergebnis niedergeschlagen hat.

⁴ Nicht verhindert: Heiligenbrunn, Eisenstadt (Freistadt), Rechnitz, Tobai.

Das Phänomen, dass in einer Gemeinde Flüchtlinge untergebracht sind, nützt a priori keiner Partei. Dieses Ergebnis ändert sich aber dann, wenn es Akteuren der Landes- und Gemeindepolitik gelungen ist, ein Vorhaben des Bundes zu verhindern. Diese Situation nützte der SPÖ und schadete der ÖVP.

Im Burgenland sind die Themen Flüchtlinge und Unterbringung parteipolitisch aufgeladen. Mit ihnen wird mobilisiert und Stimmung gemacht. Bei welcher Partei die WählerInnen ihr Kreuz machen, hängt weniger mit der Präsenz von Flüchtlingen zusammen als mehr mit der Art und Weise der Mobilisierung des Themas durch die politischen Parteien und RepräsentantInnen vor Ort, und zwar auf Landes- und auf Bundesebene.